

Keine Profite mit der Miete Bezahlbare Wohnungen für alle

Positionen von Die Linke Stuttgart zur Wohnungsfrage

In Stuttgart herrscht Wohnungsnot - Not an bezahlbaren Wohnungen für Gering- und Normalverdiener:innen, Familien, Rentner:innen, Studierende und sozial Benachteiligte und Behinderte. Immer mehr Menschen wohnen in viel zu engen Wohnungen, sind wohnungs- oder sogar obdachlos. Geflüchtete werden in Containerbauten oder sogar Sporthallen mit 4,50 qm pro Person zusammengepfercht.

Die Mieten steigen immer weiter. Die Angebotsmieten liegen in Stuttgart inzwischen bei durchschnittlich 14,89 Euro pro Quadratmeter. Noch schneller als die Kaltmieten schießen die Energie- und Nebenkosten in die Höhe. Viele Haushalte in Stuttgart müssen 50% ihres Einkommens für die Warmmiete ausgeben. Normal- und Geringverdienende werden durch die hohen Mieten aus der Stadt verdrängt.

Die Hälfte der Stuttgarter Miethaushalte hat so niedrige Einkommen, dass sie Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Für diese 100.000 Haushalte gibt es aber nur noch rund 15.000 Wohnungen mit Wohnberechtigungsschein. Bei der VONOVIA läuft Ende 2025 für 800 Wohnungen und bei der SWSG für 2.200 Wohnungen bis Ende 2030 die Sozialbindung aus. Seit 2017 stehen durchgehend mehr als 4.000 wohnungssuchende Haushalte in der Warteliste der städtischen Vormerkdatei für Sozialwohnungen, von denen 3000 Haushalte Not- und Dringlichkeitsfälle sind. Tendenz steigend. Fürsorgeunterkünfte und sogenannte „Sozialhotels“ platzen aus allen Nähten.

Der von Oberbürgermeistern im Wahlkampf versprochene Wohnungsbau ist vorprogrammierter Wahlbetrug. Das gilt auch für OB Nopper. Von den 2.000 neuen Wohnungen, die Nopper versprochen hatte, wurden 2021 nur 1.517 und im Jahr 2022 nur 1.546 geliefert. Für die teuren neu gebauten Eigentums- und wenigen Mietwohnungen wurden hunderte Altbauwohnungen mit Mieten von unter 8 Euro Kaltmiete abgerissen.

Oberbürgermeister Nopper und die Parteien CDU/SPD/GRÜNE/FDP/Freie Wähler schützen die Immobilienspekulanten. Das völlig intransparente und undemokratische „Bündnis für Wohnen“ zwischen der Stadt und der Wohnungswirtschaft lief bisher wie geschmiert. Die Wohnungswirtschaft hat von der Stadt finanzielle Unterstützung bekommen, aber die dafür versprochenen Sozialwohnungen nicht geliefert. Trotzdem wurde 2024 ein neues Bündnis 2.0 mit noch besseren Profitaussichten für private Investoren ausgerufen. Das Ziel ist nun allerdings nicht mehr ein Zuwachs an Sozialwohnungen, sondern der Bestand soll sich lediglich nicht mehr verringern. Damit werden wir den steigenden Bedarf an bezahlbaren Wohnraum nicht decken!

Privates Kapital fließt bekanntlich nicht dahin, wo es im Interesse der Mehrheit gebraucht wird, sondern dorthin, wo die höchste Rendite winkt. Dazu gehört dann auch, Gebäude leer stehen zu lassen und auf einen höheren Verkaufspreis in der Zukunft zu setzen. Oder wie die EnBW die versprochenen 800 Wohnungen am Stöckach einfach erst mal nicht zu bauen, weil die Rendite aufgrund der steigenden Baukosten und Zinsen zu niedrig erscheint. Das 20 Hektar große bebaute Eiermann-Areal in Vaihingen wurde bereits mehrmals von einem Spekulanten an den anderen immer teurer verkauft und steht nun seit 2009 leer!

Leerstand und Zweckentfremdung bekämpfen statt Geflüchtete

Trotz eines sehr angespannten Wohnungsmarktes, wird bestehender Leerstand in Stuttgart nicht konsequent verfolgt. Die Angaben zum Leerstand variieren zwischen 1.800 bis 6.000 Wohnungen. Auch städtische Immobilien werden nicht gepflegt, in der Folge unbewohnbar und dann leer stehen gelassen. Der Leerstand bei Büros hat sich im Jahr

2023 um 19% auf 426.000 Quadratmeter (m²) erhöht. Ein Großteil des Leerstands ist rein spekulativ. Häuser werden von Immobilienhainen aufgekauft, entmietet und dem Verfall preisgegeben. Baureife Grundstücke werden nicht bebaut.

Würden 3.000 leerstehende Wohnungen wieder vermietet, könnten hier 6.000 bis 12.000 Menschen ein Dach über den Kopf bekommen. Würden nur 200.000 m² leerstehende Büroflächen in 2000 Wohnungen mit je 100 m² umgenutzt, könnten hier 10.000 Menschen wohnen. In Wirklichkeit sind die Leerstandsreserven noch viel größer. Aber weil die private Verfügungsgewalt über das Immobilienvermögen nicht angetastet werden soll, bleiben Häuser ohne Menschen und Menschen ohne Häuser. Das Grundrecht auf Wohnen muss durch die Stadt gegen Spekulanten durchgesetzt werden.

Die Linke Stuttgart fordert:

- Mehr städtisches Personal zur Ahndung von Leerstand: mindestens 12 Stellen und vierteljährliche Bekanntgabe von Leerstand und Maßnahmen der Stadt dagegen
- Wohnraum, der aus spekulativen Gründen leer steht, muss von der Stadt beschlagnahmt und wieder vermietet werden.
- Leer stehende Büros müssen von der Stadt beschlagnahmt und in Wohnungen umgebaut oder für kulturelle und andere gesellschaftlich notwendige Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Bezahlbare Wohnungen instand halten statt Abriss und Neubau

Immobilienbesitzende sparen sich jahrzehntelang die Instandhaltung von Häusern und Wohnungen. Am Ende behaupten sie: hier kann nur noch abgebrochen und neu gebaut werden. Auch die Stadtverwaltung wendet diese Methode immer wieder an (Daimlerstrasse 100). Abriss und Neubau ist profitabler. Für die Mieter:innen und für das Stadtklima ist das eine Katastrophe. Mieter:innen können sich die Mieten der Neubauten nicht mehr leisten. Die Vernichtung der „grauen Energie“ der Bestandsgebäude, LKW-Fahrten und Energieaufwand für Abriss und Neubau sowie die mit dem Abriss verbundene Abholzung von alten Bäumen, Sträuchern und die Vernichtung von Grünfläche für eine engere Bebauung befördern die Klimakatastrophe.

Die Stadt könnte historische und stadtbildprägende Gebäude unter Denkmalschutz stellen und dadurch Abriss verhindern. Stattdessen befördert die Stadt Abriss und Neubau mit städtischen Subventionen. Selbst die städti-

sche SWSG beteiligt sich am Abriss-Neubau. Im Hallschlag, in der Keltersiedlung, in Stuttgart-Rohr und anderswo wurden in großem Stil von der SWSG Häuser mit guter Bausubstanz und noch bezahlbaren Mieten für teure Neubauten abgerissen. Frei finanzierte Mietwohnungen mit Kaltmieten unter 8 Euro gehen dadurch verloren. Die neuen frei finanzierten Wohnungen kosten inzwischen 14 Euro, die Sozialwohnungen bis 9,50 Euro pro Quadratmeter. Durch diese Geschäftspolitik der SWSG werden ärmere Mieter:innen vertrieben und Pionierarbeit für private Investor:innen bei der Gentrifizierung von Stadtteilen betrieben. In sogenannten „Soziale-Stadt“-Fördergebieten übernimmt der mit öffentlichen Geldern gespeiste Fördertopf sogar Abrisskosten.

Die Linke Stuttgart fordert:

- Instandhaltung vor Abriss und Neubau
- Historische Altbauten und stadtbildprägende Gebäude gehören unter Denkmalschutz
- Altbauten mit guter Bausubstanz instand halten und nach sozialen und ökologischen Kriterien modernisieren und, wenn sinnvoll und möglich, erweitern bzw. aufstocken.
- Vor jedem Abriss: CO₂- bzw. Energiebilanz unter Berücksichtigung der „grauen Energie“ des Bestandsgebäudes
- Vor jedem Abriss muss der Nachweis erbracht werden, dass Instandhaltung nicht möglich ist.

Keine Profite mit der Miete - runter mit den Mietpreisen

Der Mietspiegel ist ein Mieterhöhungsspiegel. Mit dem Mietspiegel für 2023/2024 dürfen die Vermieter die Kaltmieten um 6,8% erhöhen, ohne dass sie einen Cent investieren. Wer einen Handtuchwärmer im Bad einbaut, kann dafür pro Quadratmeter und Monat einen Aufschlag von 58 Cent verlangen. Das sind bei einer fünfzig Quadratmeter großen Wohnung auf Dauer 29 Euro mehr Miete im Monat für eine Investition von 150 bis 200 Euro. Die Linke will sagt: "Keine Profite mit der Miete". Für eine Abkehr vom Marktmietsystem, für die Einführung einer reglementierten und kontrollierten Kostenmiete. Das würde die Mieten drastisch absenken und der Gewinnerzielung mit der Miete ein Ende setzen.

Kommunaler Wohnungsbau durch die Stadt

Die Immobilienunternehmen, die von der Stadt günstige

Grundstücke verlangen, bauen keine bezahlbaren Mietwohnungen. Eine Neubauwohnung eines privaten Investors ist in Stuttgart nicht mehr unter 21 Euro Kaltmiete zu bekommen. Wer kann sich das leisten? Deshalb muss die Stadt selbst auf ihren eigenen Grundstücken für Normal- und Geringverdienende bauen. Wohnungsbau in kommunaler Hand kann bezahlbare Mieten dauerhaft sichern, im Gegensatz zu zeitlich beschränkten Mietpreisbindungen, bei der mit viel öffentlichem Geld eine „soziale Zwischenutzung“ von privaten Immobilienunternehmen erkaufte wird. Die Stadt Wien hat in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts gezeigt, dass sozialer Gemeindebau geht.

Die Linke Stuttgart fordert

- Einen kommunalen Wohnungsfond von 100 Millionen Euro/Jahr
- Kein Verkauf von städtischen Grundstücken mehr. Auch nicht an die SWSG.
- Kein Verkauf von Wohnungen, die noch im Besitz der Stadt Stuttgart oder einer ihrer Unternehmen (SWSG, SSB) sind.
- Aufbau eines städtischen Bodenfonds durch Überführung von Grundstücken in städtisches Eigentum
- Baugrundstücke, die trotz Baugenehmigung nicht bebaut werden, müssen enteignet und von der Stadt bebaut werden. Entschädigung darf es nur bei nachgewiesenem Bedarf geben.
- Sofortige Schaffung von 2.000 Wohnungen durch Nutzung von Leerstand bei Wohnungen und Büros mit einer maximalen Kaltmiete von 6 Euro und einem hohen Anteil von barrierefreien Wohnungen.
- Mehr Wohnungen für alternative Wohnformen
- Flächen mit Potenzial zur Schaffung von Wohnungen (z.B. Eiermann- und EnBW-Areal) müssen von der Stadt übernommen werden
- Vergabe von städtischem Grund in Erbpacht nur an gemeinwohlorientierte Träger und Mietersyndikate.

Überhöhte Mieten wirksam bekämpfen

Die wenigen und zu laschen Schutzrechte der Mieter:innen vor hohen Mieten werden häufig von Vermieter:innen umgangen: zum Beispiel die Mietpreisbremse. Die Mietpreisbremse legt fest, dass beim Abschluss neuer Mietverträge maximal die ortsübliche Vergleichsmiete (Mietspiegelmiete) plus 10% verlangt werden darf. Viele Vermieter:innen halten sich nicht daran und verlangen zu viel. Mieter:innen dulden die überhöhten Mieten oft, weil sie ihre Rechte nicht kennen, Angst haben, sich mit den Vermieter:innen anzulegen und kein Geld für rechtliche Beratung haben. Dabei könnten Mieter:innen vom Vermieter:innen verlan-

gen, dass die überhöhte Miete abgesenkt und zu viel bezahlte Miete zurückgezahlt wird.

Die Linke setzt sich für eine Stadtverwaltung ein, die Mieter:innen aktiv dabei unterstützt sich zu wehren. Die Stadt informiert alle Mieter:innen über ihr Mietrecht, warnt vor Verstößen gegen die Mietpreisbremse und unterstützt bei der Gegenwehr gegen überhöhte Mieten. Die Zielgruppe sind Menschen, die vor Kurzem einen neuen Mietvertrag abgeschlossen haben.

Die Linke Stuttgart fordert:

- Menschen, die sich in der Meldestelle an- oder ummelden (und die also vermutlich vor kurzem einen neuen Mietvertrag abgeschlossen haben) erhalten von der Stadt automatisch das Angebot, sie bei der Prüfung ihrer Mietverträge zu unterstützen. Wo sich ein Verstoß gegen die Mietpreisbremse herausstellt ermutigt und unterstützt die Stadt die Mieter:innen dabei, eine Absenkung der Miete durchzusetzen.
- Wo Bürger:innen der Stadt strafrechtlich relevante Fälle von überhöhten Mieten oder Mietwucher (20 % bzw. 50% über dem Mietspiegel) melden, geht die Stadt konsequent gegen die Vermieter vor. Hohe Bußgelder werden verhängt und bei Bedarf wird die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.
- Die Stadtverwaltung muss auch selbst Wohnungsinserate auf Vermietungsplattformen mit computer-gestützten Verfahren (z.B. „Miet-Monitor“) auf Mietüberhöhungen überprüfen und dagegen vorgehen. Alle Vermieter sollen wissen: „Kein Versuch die Mieter:innen zu betrügen bleibt in Stuttgart unentdeckt!“
- Für diese Aufgaben wird eine „Kontaktstelle Mieterschutz“ bei der Stadtverwaltung eingesetzt, die mit mindestens fünf Vollzeitstellen ausgestattet ist.

Monatelanges Warten auf das Wohngeld? Schluss damit!

Die Ampelregierung hat zum 1. Januar 2023 die Einkommensgrenzen beim Wohngeld und das Wohngeld erhöht sowie eine Heizkosten- und Klimakomponente eingeführt. In Baden-Württemberg stieg die Zahl der Wohngeldempfänger:innen im Jahr 2023 um 37 %. In Stuttgart hat sich die Zahl der Wohngeldempfänger:innen allein im ersten Halbjahr 2023 gegenüber 2022 um fast 50% auf 9.000 erhöht. Wahrscheinlich haben noch viel mehr Familien Anspruch auf Wohngeld, beantragen es aber aus unterschiedlichen Gründen nicht.

Das Wohngeld ist eine zweischneidige Sozialleistung. Das vom Staat gezahlte Wohngeld subventioniert zu teure Mieten und wird von den Mieter:innen direkt in die Taschen der Vermieter:innen weitergeleitet. Die Linke setzt sich stattdessen dafür ein, dass die Miethöhen begrenzt wer-

den – nach dem Motto: Keine Profite mit der Miete!
Solange wir das nicht durchgesetzt haben, ist das Wohn-
geld aber natürlich eine wichtige soziale Leistung, auf die
viele Mieter:innen in Stuttgart angewiesen sind. Die lange
Wartezeit von Antragstellung bis Auszahlung des Wohn-
gelds ist in Stuttgart ein großes Problem. Eine Wohngeld-
stelle in Stuttgart hat einem Antragssteller im Januar 2024
mitgeteilt, dass die Bearbeitungszeit eines Wohngeldan-
trags aufgrund von Personalmangel derzeit 10 – 12 Mona-
te betrage. Das ist ein Skandal! Es darf nicht sein, dass
Mieter:innen in Zahlungsschwierigkeiten kommen, weil ei-
ne Leistung, die ihnen zusteht, nicht rechtzeitig ausgezahlt
wird.

Die Linke Stuttgart fordert:

- Vom Einreichen eines Wohngeldantrags bis zur Auszah-
lung dürfen maximal vier Wochen vergehen.
- Wenn diese Bearbeitungsdauer überschritten wird, dann
wird das Wohngeld vorläufig bewilligt und ausgezahlt, noch
bevor der Antrag fertig bearbeitet ist.
- Durch die Einstellung von mehr Personal in den Wohn-
geldstellen, wird das Problem der langen Wartezeiten lang-
fristig gelöst.

SWSG: weniger Miete und demokrati- sche Verwaltung und Kontrolle

Mit über 19.000 Wohnungen, davon fast 8.000 Sozialwoh-
nungen, könnte die zu 100 % in städtischem Eigentum be-
findliche SWSG die Entwicklung der Mieten im Interesse
der Mieter:innen beeinflussen. Doch das Gegenteil ist der
Fall. Die Geschäftsleitung, der Aufsichtsrat (Bürgermeister
und Mitglieder des Gemeinderats) und die Mehrheit des
Gemeinderats befürworten eine profitgetriebene Ge-
schäftspolitik der SWSG, die zu jährlichen Überschüssen in
Millionenhöhe führen. Dieses Geld stammt aus den Ta-
schen der Mieter:innen.

Bei neueren öffentlich geförderten Wohnungen der SWSG
werden die Mieten alle zwei Jahre um 5% erhöht. Die neu
gebauten Sozialwohnungen sind mit Kaltmieten von 9 Euro
bis 9,50 Euro alles andere als sozial. Bei der SWSG wer-
den Mieterrechte missachtet, der Service ist oft miserabel
und die Nebenkosten sind viel zu hoch.

Es gibt bei der SWSG viel zu wenig Personal. Nötig wären
Hausmeister:innen in allen Wohngebieten, die vor Ort prä-
sent sind und Arbeiten wie Rasenmähen, Winterdienst,
Mülltrennung und andere Dienste machen, die derzeit
teuer an Fremdfirmen vergeben werden. Die Fremdfirmen
werden von der SWSG nicht kontrolliert und erfüllen meist

die vereinbarten Leistungen nicht. Das bedeutet, dass die
SWSG-Mieter:innen viel Geld für Leistungen bezahlen, die
sie nicht bekommen.

Der Geschäftsführer der SWSG Samir Sidgi bekam im Jahr
2022 – genehmigt von der Mehrheit im Aufsichtsrat eine
Gehaltserhöhung von 33.000 Euro. Sein Jahresgehalt stieg
damit von 243.000 Euro auf 274.000 Euro. Davon waren
26.000 Euro Boni und 4.000 Euro Sachleistungen. Das
durchschnittliche Monatsgehalt des obersten Chefs der
SWSG beträgt damit 22.833 Euro. Dieses Gehalt wird
finanziert von Haushalten, denen in vielen Fällen nach der
Miete nicht mehr genug Geld zum Leben bleibt.

Trotz eines operativen Gewinns von 12 Millionen Euro in
2023 plant die SWSG-Geschäftsführung und die Mehrheit
im Gemeinderat für 2025 die nächste Mieterhöhung bei
der SWSG. Die Linke wird durch ihre Mitarbeit in der
SWSG-Mieterinitiative, in den Bezirksbeiräten und im Ge-
meinderat Widerstand gegen diese Mieterhöhung organi-
sieren. Die Stadträt:innen und Bezirksbeirät:innen der
Linken haben in den letzten Jahren Anträge eingebracht
gegen Mieterhöhungen, dafür aber keine Mehrheit bekom-
men. Die Vertreter:innen der Linken werden im Gemein-
derat und Aufsichtsrat auch weiterhin jede Mieterhöhung
ablehnen.

Wir fordern, dass die SWSG ihre Möglichkeiten nutzt, um
Energie und damit auch CO2 und Energiekosten für die
Mieter:innen einzusparen. Wir wollen, dass die Dächer der
SWSG mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Da-
durch soll der Allgemeinstrom gedeckt und die Einspeise-
vergütung an die Mieter:innen weitergegeben werden. Wir
verlangen, dass die SWSG ihre bürokratischen Hürden ge-
gen Balkonkraftwerke beendet. Wir haben zur Energiere-
duzierung mehrmals Anträge eingebracht, die bisher von
CDU/SPD/Grünen/FW/FDP/AFD abgelehnt wurden.
Auch in dieser Frage machen wir weiter Druck.

Die Linke Stuttgart fordert:

- Keine weiteren Mieterhöhungen bei der SWSG.
Stattdessen Absenkung aller frei finanzierten Mieten um 1
Euro pro Quadratmeter.
- Keine Erhöhung der Mieten bei Wiedervermietung
- Eine reglementierte und kontrollierte Kostenmiete statt
Mietspiegelmieten.
- Instandhaltung von Wohnungen und Häusern der SWSG
statt Abriss und Neubau
- Neubau auf bereits versiegelten und noch nicht
bebauten Flächen wie Parkplätzen oder Überbauung von
Straßen, Aufstockung von Häusern in Leichtbauweise...
- Mitspracherecht für Mieter:innen bei Instandhaltung und

Modernisierung. Keine Entscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg.

- Keine Mieterhöhung nach Modernisierung und Instandhaltung
- Maßnahmen zur Reduzierung der völlig überhöhten Betriebs- und Heizkosten
- Mehr Personal und Aufbau eines guten Betriebsklimas
- Vorstand des Mietendenbeirats soll als ersten Schritt ein Stimmrecht im Aufsichtsrat erhalten. Unser Ziel ist eine demokratische und öffentliche Verwaltung der SWSG durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter der Mieter:innen, SWSG-Belegschaft und der Stadtgesellschaft. Dafür müssen Selbstverwaltungsorgane geschaffen werden, die öffentlich tagen und die kollektiv und demokratisch die Interessen von MieterInnen, Belegschaft und der Mehrheit der Bevölkerung vertreten.

Mieter:innen müssen sich organisieren und gemeinsam kämpfen

Die Linke Stuttgart ist seit Jahren aktiv gegen hohe Mieten und Verdrängung, gegen Leerstand und Abriss-Neubau. Linke-Mitglieder gehören zu den Mitbegründern der Mieterinitiativen und sind führend darin aktiv. Die Stadträt:innen der linken Fraktionsgemeinschaft haben in den letzten Jahren die Forderungen der Mieterinitiativen in den Gemeinderat und den Aufsichtsrat der SWSG getragen. Die Mieterinitiativen haben mit führender Beteiligung von Mitgliedern von Die Linke sehr viele Erfolge erzielt. Wir fordern alle, die nicht länger tatenlos zusehen wollen, wie das Wohnungsproblem immer schlimmer wird, sich in Die Linke und in den Mieterinitiativen zu engagieren. Kämpft mit uns!

Helfen statt reden - Mietnotruf der Linken Stuttgart

Seit 2022 gibt es einen Mietnotruf von Die Linke Stuttgart. Wir überprüfen Betriebs- und Heizkostenabrechnungen, geben Tipps zu anderen Fragen rund ums Wohnen und Wohngeld. Helfen Ihnen bei Schikanen durch den Vermieter. Unser Motto: Helfen statt Reden! Nicht immer können wir helfen, doch in den meisten Fällen, gelingt es uns, die Not zu lindern, Probleme zu verkleinern, und brauchbare Ratschläge zu erteilen. Melden Sie sich gerne unter der Rufnummer **0174-5681049** oder per E-Mail schreiben unter **info@mietnotruf0711.de**.

Leerstandsmelder

Weil die Stadt leerstehende Gebäude nicht aufspürt, haben sich Leute zusammengefunden, die ehrenamtlich einen

Leerstandsmelder für Stuttgart aufgebaut haben.

Mitglieder von Die Linke waren daran beteiligt. Wer sich die unvollständige Karte der Leerstände anschauen oder einen Leerstand melden will, kann das über folgende Website machen: <https://www.leerstandsmelder.de/stuttgart> Aufgrund des Drucks des Leerstandsmelders und von Hausbesetzungen hat die Stadt endlich 2015 ein Zweckentfremdungsverbot verhängt. Auch wenn die Stadt den Leerstand nicht konsequent verfolgt, empfehlen wir leerstehende Häuser und Wohnungen bei der Stadt anzuzeigen unter Poststelle.zweckentfremdung@stuttgart.de

VONOVIA & Co enteignen

Der kapitalistische Markt war schon immer unfähig die Mehrheit der städtischen Bevölkerung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Der Niedergang des Kapitalismus verschärft die Wohnungskrise jedoch dramatisch. Mit der Finanzmarktkrise 2007/2008 sind Wohnungen plötzlich zu einem bevorzugten Spekulationsobjekt für die Reichen und Superreichen geworden. Der Staat hat diese Entwicklung mit entsprechenden Gesetzen und der Privatisierung von einst öffentlichen Wohnungen befördert. Geldanlagen in bebaute Grundstücke wurden „Betongold“. Dem Immobilienkonzern VONOVIA gehören heute mehr als 500.000 Wohnungen, 4.000 davon in Stuttgart. Ständig werden in Stuttgart und anderen Städten von Immobilien-Haien Häuser aufgekauft und die Mieter:innen vertrieben. Das schürt bei allen Mieter:innen Ängste. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass im September 2021 bei einem Volksbegehren in Berlin eine klare Mehrheit von 59,1 % der Wahlberechtigten für die Enteignung aller Wohnungskonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen gestimmt hat. Die Linke unterstützt diese Enteignung. Doch diese Enteignung darf nicht auf Berlin begrenzt sein, sondern muss bundesweit erkämpft werden.

Auch in Stuttgart müssen die Wohnungen der VONOVIA und anderer Wohnungskonzerne sowie der spekulative Leerstand und Bauland in kommunales Eigentum überführt werden, damit mit kommunalen Geldern, refinanziert durch eine Reichensteuer, Wohnungen mit Mieten von 6 Euro pro Quadratmeter gebaut werden können. Auch die EnBW und alle anderen Energiekonzerne, die verantwortlich sind für die Energiepreisexplosionen müssen in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet werden, damit ihre Gewinne für die Absenkung der Energiepreise für private Haushalte und kleine Gewerbetreibende sowie für den Aufbau einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung genutzt werden können.

Das kapitalistische System wird bestimmt von Profitlogik

und Konkurrenzkampf. Es ist Verursacher der Wohn-, Energie- und der vielen anderen Krisen. Deshalb verbinden wir den Kampf gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen mit der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus. Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht der Profit Motor der gesellschaftlichen Entwicklung ist, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Natur. Die arbeitenden Menschen, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, sollen durch demokratische Strukturen in Betrieben, Stadtteilen, lokal, regional und bundesweit darüber bestimmen, wie er verteilt wird, wie und was produziert wird. Grundvoraussetzung dafür ist die Überführung der Banken und Konzerne, die die Wirtschaft bestimmen, in Gemeineigentum.

Zur Information

Die Linke bildet im Gemeinderat mit SÖS, Piraten und Tierschutzpartei eine Fraktionsgemeinschaft, die sich FrAKTION nennt. Darüber wurden viele Anträge für bezahlbare Wohnungen gestellt. Hier eine kleine Auswahl aus den Jahren 2021 bis 2024:

Gegen Leerstand und Abriss

- Antrag Nr. 172/2021 Änderungsantrag zur Zweckentfremdungssatzung
- Antrag Nr. 84/2022 Leerstand in städtischen Gebäuden
- Antrag Nr. 288/2023 Jeden Leerstand für die Unterbringung von Geflüchteten nutzen
- Antrag Nr 344/2022 Klima retten und Abrissmoratorium umsetzen

Soziale Wohnungspolitik und SWSG

- Antrag Nr. 72/2022 Mieterhöhungen bei der SWSG stoppen!
- Antrag Nr. 172/2023 Vorstand des Mieterbeirats in den Aufsichtsrat der SWSG
- Antrag Nr. 295/2023 Energiesparmaßnahmen bei der SWSG umsetzen!
- Antrag Nr. 4000/2023 Endlich umsteuern: Zeit für eine soziale Wohnungspolitik!
- Antrag 4012/2023 Anlaufstelle für alle Fragen rund ums Mieten in Stuttgart
- Antrag Nr. 39/2024 Endlich soziale Wohnungspolitik voranbringen
- Antrag Nr. 76/2024 Lange Wartezeiten bei Wohngeldanträgen verkürzen
- Antrag Nr. 137 /2024 Keine Mieterhöhung bei der SWSG

Alle Anträge zur Wohnungsfrage sind zu finden auf der website der FrAKTION unter <https://diefraktion-stuttgart.de/cat/aktuelles/themen/wohnen/>
Fast alle unsere Anträge wurden von fast allen anderen Fraktionen im Gemeinderat ab.